

**Unabhängige
Zeitung
an der RUB**

Nr. 15/99 • 26.10.1999

2313

Pizza RUB



All you can pay?

In diesem Heft:

Hochschule AStA-Koalition beendet

Thema Studiengebühren und Privatisierung der Universität

Kultur rote ruhr uni

Sieger sehen anders aus

Die aufs nationale Ressentiment spekulieren-
de Frage eines strammrechten DSF-Zuschau-
ers, wie er sich denn „als Deutscher“ beim
jüngsten EM-Qualifikationsspiel im Münchner
Olympiastadion, bei dem auch Fans der Aus-
wahlmannschaft des türkischen Fußballverban-
des zugegen waren, gefühlt habe, beantwor-
te Bayern- Präsident Franz Beckenbauer na-
türlich nicht, wie Romy Schneider das getan
hätte: „Ich bin nicht deutsch, weil ich mich nicht
so fühle“, sondern, über jeden patriotischen
Verdacht erhaben: „Einsam. Ich dachte, ich
wäre in Istanbul.“ Und bis das so deutsch wird
wie jetzt der D-Mark-Kosovo, dürfte es noch so
manchen Menschenrechtskrieg brauchen.

te Kreuzberger Gesinnungspolizei - in barer
Unkenntnis des inkriminierten Droste-Textes:
*Der Schokoladenonkel bei der Arbeit. Eine
Opferrolle vorwärts* - frei nach Goebbels fest-
gelegt hat, daß wer Sexist ist, die Kiezmiliz be-
stimmt.

Ammenmärchen 1

FIFA-Chef Sepp Blatter hat sich gegen eine
verordnete Obergrenze für Transfersummen
oder Gehälter ausgesprochen: „Das regeln die
Gesetze des Marktes.“ Früher schworen Ka-
tholiken auf die unbefleckte Empfängnis und
vertrauten auf das jüngste Gericht. Heute sind
andere Glaubensartikel gefragt.

Berichtigung

Falsch ist, daß, wie in der Programman-
kündigung der letzten 2313 zu lesen war, Wiglaf
Droste „ein sexistisches Arschloch“ ist. Richtig
ist vielmehr, daß dieses Hirngespinnst in auto-
nomen, vulgo: von jedem kritischen Gedanken
unberührten Köpfen ebenso hartnäckig wie
blind reproduziert wird, seit eine selbsternann-

Ammenmärchen 2

Wie sehr diese Gesellschaft auf den Hund ge-
kommen ist, belegt die Entwicklung eines Insti-
tuts, das sich in anderen, besseren Zeiten um
ihre Kritik bemühte: die des Frankfurter für So-
zialforschung. Seinem aktuell geschäftsführen-
den Direktor Ludwig von Friedeburg reicht es
nicht, den zivilgesellschaftlichen Frieden mit Ver-
hältnissen gemacht zu haben, die der klügste
Kopf, den es hatte, noch als barbarische de-
chiffrierte, er beruft sich gleich auf diesen: „Auch
Adorno wollte Gesellschaft nicht unter dem Ge-
sichtspunkt des orthodoxen Marxismus sehen,
nach dem, solange das Proletariat diese Ge-
sellschaft nicht revolutioniert und dann mit ei-
nem Schlage das Reich der Freiheit eingetre-
ten ist, alles so schlecht ist, daß man in ihr
nicht leben kann. (...) Adorno aber hat sich mit
dem auseinandergesetzt, was in seiner Zeit
sehr wohl kritikwürdig und verbesserungsfähig
war,“ weshalb es bekanntlich die KPD war, die
mit den Slogans „Das Ganze ist das Unwah-
re“, „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen“
und „Alles Mitmachen, alle Menschlichkeit von
Umgang und Teilhabe ist bloße Maske fürs still-
schweigende Akzeptieren des Unmenschli-
chen“ in den Wahlkampf zog, während Adornos
Minima Moralia Vorschläge zu drängenden Fra-
gen wie Lehrstellengesetz und Verkehrs-
beruhigung versammeln.

Inhalt

- SEITE 2: Aktuelles
SEITE 3: Hochschule: **ASStA-Koalition beendet**
SEITE 4: Thema: **Studiengebühren und Privatisierung
der Universität**
SEITE 6: Kultur: **rote ruhr uni**
SEITE 7: Buch: **Schwule Macht von Eike Stedefeldt**
SEITE 8: Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den
Fachschaftsräten OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe
der RUB.

REDAKTION: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Chri-
stoph Hassel, Henrik Motakef, Bernd Reinink, Char-
lotte Ullrich, Martin Winterhalder, Maren Michels
VISDP: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum
KONTAKT: c/o FR Sowi, GC 04/150, 2313@gmx.de

AStA-Koalition beendet

Offener Brief der F-S-I

Einen Brief betreffs „Beendigung der AStA-Koalition“ schickte die Fachschaftsinitiative (F-S-I) an die Vorsitzende des AStA, den Rektor, den SP-Sprecher, an Radio c't, die BSZ, die WAZ, die Pressestelle der Uni, die FSVK und an die Vorstände des SHB und der Internationalen Liste, dessen Inhalt nachfolgend dokumentiert ist:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hiermit erklären wir mit sofortiger Wirkung die Koalition zwischen der F-S-I und der TuWas!-Liste für gescheitert. Mit Bedauern mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Einigung in existentiellen Fragen vor allem der Finanzpolitik nicht mehr möglich ist. Die Vorschläge der Listen für einen Nachtragshaushalt sind schon in der politischen

Zielsetzung so unvereinbar, dass sie nicht einmal als Diskussionsgrundlage dienen können. Im Gegenteil betrachten wir nach den konstruktiven Gesprächen der Vorwoche den uns jüngst vorgelegten TuWas!-Vorschlag für eine Sanierung des AStA als reine Provokation, mit der die TuWas!-Liste das Ende der Koalition bewusst herausfordert.

Für uns ist die einzig mögliche Schlussfolgerung, dass die TuWas!-Liste keinen Wert auf eine weitere Zusammenarbeit legt.

Bezugnehmend auf Abschnitt VIII des Koalitionsvertrages kündigen wir diesen, da aus unserer Sicht dem Ziel einer „verantwortungsbewussten, vertrauensvollen Umgangsweise“ nicht ausreichend Rechnung getragen wurde.“

Pressemitteilung der AL

In ihrer diesbezüglichen Pressemitteilung (kompletter Text auf www.bo-alternativ.de) vom Samstag, 23. Oktober, schreibt die Alternative Liste an der RUB diesbezüglich zu den Hintergründen des AStA-Crashes:

„Am Freitag, den 22. Oktober 1999 ist die Koalition zwischen der TuWas-Liste und der Fachschaftsinitiative FSI von Seiten der FSI beendet worden. Der Kündigung der Koalition ging vor wenigen Tagen der Rücktritt des AStA-Finanzreferenten Thilo Mühling (FSI) zuvor. Mit dem endgültigen Bruch der Koalition geht nun eine AStA-Phase zuende, die geprägt war von unüberbrückbaren finanziellen Konzepten der beiden Listen sowie einem äußerst unverschämten Verhalten anderen studentischen Organen gegenüber.

Schon seit Beginn der Koalition laboriert der AStA an Finanzproblemen. Die FSI versuchte daher einen rigiden Sparkurs durchzuziehen, der nicht nur den AStA selbst, sondern auch Fachschaften und Gremien zu starken Kürzungen zwingen sollte, während die TuWas-Liste darauf setzte, die Einnahmenseite zu verbessern, z.B. durch Gewinne aus dem „Uni-Herbst-Fest“. Die Koalition zerbrach dann, als die Frage aufkam, die Beiträge, die für die Verfaßte Studierendenschaft jedes Semester von

jedem Studierenden bezahlt werden müssen, von jetzt 17,- DM auf 19,50 DM zu erhöhen. Unter dem rigiden Sparkurs hatten bisher die Fachschaften am meisten zu leiden. Erst sollten die drei von den Fachschaften besetzten Redaktionsposten in der Bochumer StudentInnen Zeitung (BSZ) gestrichen werden, doch nach heftiger Intervention konnte man sich darauf einigen, nur eine Stelle zu streichen. In den Semesterferien versuchte dann der inzwischen zurückgetretene Finanzreferent Thilo Mühling von einigen Fachschaften Geld zu verlangen, da diese eine AStA-unabhängige Zeitung namens „2313“ herausgeben. Dieser Plan scheiterte am Widerstand der Fachschaften und war wohl nicht mit der TuWas-Liste abgesprochen. Auch die Stellen der Sprecherinnen der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) und die Stelle des unabhängigen Gremienberaters sollen gekürzt werden. Der Gremienberater ist inzwischen gegen die Kürzung seines Gehaltes gerichtlich gegen den AStA vorgegangen.

Daneben mußten auch viele Projekte und Initiativen unter dem Sparkurs leiden. So mußte z.B. die renommierte Veranstaltungsreihe „rote ruhr uni“ dieses Jahr ins Exil des Bahnhof Langendreer ausweichen und auf jegliche Unterstützung des AStAs verzichten.“

Give this corrosion to m

Die Privatisierung schleicht sich ein, un

„Verhindert die Einführung von Studiengebühren!“ *echo* es seit Jahr und Tag **besinnungslos aus den Kehlen deutscher Studierendenvertretungen. So berechtigt diese Forderung ist, so sehr wird in der Regel übersehen, daß längst Alltag ist, wogegen da noch tapfer angekämpft wird. An deutschen Unis wird bereits kräftig für Bildung, oder was sich dafür hält, geblecht - und dies keineswegs nur an Hochschulen**

in irgendwelchen fremden bösen Bundesländern, sondern ebenso mitten im sozial-demokratischen Kernland der Republik, also bei uns in NRW.



Ist's so richtig?

Dies geschieht hier freilich etwas subtiler als andernorts; demgemäß sind auch die Folgen zunächst nicht so offensichtlich. Ge-

bühren werden nämlich - ganz legal - seit eh und je für Weiterbildungsangebote erhoben, die schon nach dem noch gültigen Universitätsgesetz zu den Kernaufgaben der Hochschulen in NRW gehören. Wie das konkret aussieht, läßt sich an der Ruhr-Uni schön beobachten.

hurra, hurra, die deuba ist
schon da

Die Fakultät für Philologie etwa bietet schon seit 1984 einen Kurs „Wirtschaftsanglistik“ an. In einem halben Jahr erwarten Berufstätige aus Wirtschaft und Industrie 325 Unterrichtsstunden Wirtschaftsenglisch, Kostenpunkt: 1.500 Mark. Neue Angebote massieren sich in den letzten zwei, drei Jahren; aktuellstes Beispiel ist der auch von der Unileitung mit viel

Brimborium beworbene neue Zusatzstudien-gang „Financial Consultant Deutsche Bank“, den Prof. Heinrich Wottawa von der Fakultät für Psychologie in Kooperation mit der Deutschen Bank durchführt. Bei der Vertragsunterzeichnung in Düsseldorf war Ministerpräsident Clement anwesend, die Begrüßung der TeilnehmerInnen nahm Rektor Petzina vor; wie wichtig Land und Uni die neue Kooperation nehmen, beweist auch die Presseerklärung der Uni-Verwaltung: „Die RUB verläßt mit diesem Studienangebot den traditionellen Rahmen der Universität und erschließt sich neue Geschäftsbereiche, indem sie ein auf die Bedürfnisse eines Großkunden maßgeschneidertes Weiterbildendes Studium anbietet.“

lehre nicht mehr für studis

Solche Bemühungen mag man für legitim halten oder höchstens befürchten, daß die Weiterbildungsangebote als Versuchsballons für die Einführung von Studiengebühren für „normale“ Studierende dienen könnten. Ein Blick auf das Lehrpersonal solcher weiterbildender Studiengänge zeigt aber, daß es sich dabei durchweg um ganz gewöhnliches aus Ländermitteln finanziertes Hochschulpersonal handelt. Die sich vermehrende Einführung von Zusatzstudienangeboten, die Hochschulpersonal von der Durchführung der Kernaufgaben in Forschung und Lehre abhält, ist somit ein subtiles Instrument des outsourcing: Öffentliche Kräfte und Mittel werden für privatwirtschaftliche Zwecke abgezogen, ohne daß sie überhaupt ihren Status dafür ändern müßten. Professor Wottawa etwa, dessen Lehrgebiet eigentlich „Methodenlehre, Diagnostik und Evaluation“ lautet, betätigt sich nicht etwa in der Vermittlung von wissenschaftlichen Methoden für das Psychologiestudium, sondern hat sein Lehrangebot reduziert auf wirtschaftspsychologische Ergänzungsangebote in der „Co-Trainer-Ausbildung“ und der „Konzeption und praktischen Durchführung von Trainingsprogrammen“. Die von der Pressestelle emphatisch beworbene

ne ...

und die Universität zerfrißt sich selbst

„Erschließung neuer Geschäftsbereiche“ geschieht also direkt auf Kosten vorhandener Ressourcen für eigentliche Kernaufgaben.

ab in die privatwirtschaft

Daß es vielen ProfessorInnen lieber ist, garantiert an ihrem Zusatzstudium interessierte MitarbeiterInnen der Deutschen Bank weiterzubilden als einem Haufen teilweise erst noch zu motivierender junger Menschen die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens nahezubringen, ist nachvollziehbar. Daß dieselben ProfessorInnen mit der freiwilligen Verabschiedung vom Grundauftrag der Universität auch ihre eigene Existenzgrundlage gefährden, scheinen sie hingegen zu übersehen. Denn die zunehmende Verlagerung auf Wei-

terbildungsangebote in Kooperation mit der Privatwirtschaft ist nichts anderes als die konsequente Fortsetzung einer Politik in der Lehre, die in der Forschung seit längerem betrieben wird: die zunehmende Verlagerung der Mittelausstattung auf private Quellen durch die sog. Drittmittel. Somit zeigt sich in Forschung und Lehre, was in anderen Politikfeldern längst offenkundig ist: In Bund und Ländern, ganz unabhängig ob christ- oder sozialdemokratisch regiert, herrscht ein Konsens, sich in allen möglichen sozialen Bereichen systematisch aus der staatlichen Finanzierungsverantwortung zurückzuziehen. Genau dieser Trend ist es aber auch, der unweigerlich zur Einführung von Studiengebühren für alle führen wird, gleich was BildungspolitikerInnen des linken SPD-Flügels versprechen mögen.

hmk

Warum Pizza Hut in GB zum neuen Landeshochschulgesetz paßt

Das Wissenschaftsministerium NRW hat mal wieder ein neues Hochschulgesetz entworfen, dem die rot-grüne Landesregierung kürzlich zugestimmt hat und das nun noch vom Parlament verabschiedet werden muß. Hinter dem lauten Geschrei der KritikerInnen gerät freilich aus dem Blickfeld, daß das neue Gesetz kaum Neues bietet und sich die wirklich wichtigen Änderungen eher in der Umsetzung der Gesetze finden (s. nebenstehenden Artikel).

Immerhin mag man zu Recht die vom neuen Gesetz vorgesehene „Stärkung der Leitungsstrukturen“ kritisieren. Dekane und Rektor, bislang für die meisten weitreichenden Entscheidungen auf die Fakultätsräte (Versammlungen von Prof.s, sonstigen DozentInnen, Studis und Verwaltungsangestellten) und den Senat angewiesen, werden in ihren Positionen gestärkt

und können insbesondere Finanzentscheidungen nunmehr selbst treffen. Diese Entmachtung der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der Hochschulen wird vom Ministerium als Flexibilisierung verkauft, die konkurrenzfähige Leistungen erst ermöglichene.

Bei so viel marktwirtschaftlicher Rhetorik braucht man sich nicht zu wundern, daß die nordrhein-westfälischen Campusse mehr und mehr von Reklametafeln, Ladenzeilen etc. strotzen: Die Erlaubnis des Ministeriums, die Unis durch solche Werbemaßnahmen Geld einnehmen zu lassen, geht Hand in Hand mit der Drosselung der Zuweisung öffentlicher Gelder an die Unis. Der tatsächlich existierende Plan, Pizza Hut eine Filiale in GB eröffnen zu lassen, ist also weniger als studifreundliche Maßnahme denn vielmehr als finanzsteigernde Notmaßnahme der Verwaltung zu verstehen, die sich damit dem Privatisierungsdiiktat aus Düsseldorf beugt.

hmk

rote ruhr uni, Klappe, die letzte?

Norbert Trenkles Kritik der Arbeitsgesellschaft bildet am Donnerstag (20 Uhr, Kulturcafé) den Auftakt zur roten ruhr uni, die 1999 ihre siebte Auflage erlebt. Wenn sich im AStA nichts ändert, ist es zugleich ihre letzte.

Seit 1987 linke Studenten und Studentinnen zu Ehren des marxistischen Soziologen Leo Kofler, der von 1972 bis 1991 an der Ruhr-Universität lehrte, eine Vortragsreihe organisierten, gibt es die rote ruhr uni. Allerdings nicht unter diesem Namen; anfangs trug die Veranstaltung in Anlehnung an Marx' *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* den Titel *Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen* (denen - bis einschließlich WS 1989 - prominente Linke wie Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Ernest Mandel, Oskar Negt, Joachim Hirsch, Frank Deppe u.a. ihre Melodie vorsangen). 1993 griff eine Gruppe Kofler-Schüler in der damals existierenden RSG (heute Linke Li-

stes) das Konzept auf. Seither findet die rote ruhr uni Anfang eines jeden Wintersemesters statt, durchgeführt von einem unabhängigen Arbeitskreis und bis einschließlich 1998 finanziert und unterstützt vom Bochumer AStA. Sie vereint, flankiert ches Kulturprogramm, Wissenschafts- und Gesellschaftskritik auf der Höhe der Zeit (d.h. auf der von 1867, dem Erscheinungsjahr des *Kapital*): Zu Wort kommen ausschließlich Linke, die etwas zu sagen haben, etwa zu feministischer Theorie (in den letzten Jahren u.a. Frigga Haug, Andrea Maihofer, Evelyn Annuß, Andrea Bührmann), zur Wert-, Staats- und Ideologiekritik (Hans-Georg Backhaus, Robert Kurz, Johannes Agnoli, Heide Gerstenberger, Ulrich Enderwitz, W.F. Haug), zu Klassentheorie (Max Koch, Ursula Beer, Sebastian Herkommer), zu Rassismus, Antisemitismus, Nationalsozialismus (Günther Jacob, Reinhard Kühnl, Joachim Bruhn, Heiner Möller, Bernhard Schmid, Helmut Kellershohn), zu Globalisierung und Neoliberalismus (Joachim Hirsch, Birgit Mahnkopf, Christoph Görg, Klaus Ronneberger, Hans-Peter Krebs), kurz, zu all den Themen, die der ebenso stumpfsinnige wie affirmative Seminarbetrieb konsequent ignoriert.

sollte es das gewesen sein?

In diesem Jahr nun hat der neugebildete TuWas/FSI-AStA die rote ruhr uni, trotz des großen, beständig steigenden Publikumszuspruchs (im letzten Jahr knapp zweitausend Besucherinnen und Besucher) und trotz ihrer längst erworbenen überregionalen Bedeutung, begründungslos aus seinem Programm gestrichen; dass er wohl für provinzielle Kommerzfesten, nicht aber für gesellschaftskritische Initiativen und Projekte zu haben ist, daran ließen die AStA-tragenden Listen keinen Zweifel. Dass die rote ruhr uni jetzt doch, gewissermaßen „im Exil“, stattfindet, verdankt sie der Unterstützung des Kulturzentrums Bahnhof Langendreer, der ASten in Essen und Berlin sowie des Bildungswerks der Humanisten Union NRW und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Arbeitskreis rote ruhr-uni



**20h, Kulturcafé, Uni Bochum
rote ruhr uni '99: Kritik der Arbeitsgesellschaft - Das Manifest gegen die Arbeit**

Mit Norbert Trenkle

durch ein mal mehr, mal weniger umfangrei-

Schwule Spießer

Schwulenbewegter Konformismus

Weniger denn je impliziert „schwul“ oder „lesbisch“ heutzutage unter den mit diesen ehemaligen Schimpfwörtern sich bezeichnenden Personen einen politischen Konsens, der antipatriarchale und antikapitalistische oder wenigstens links der Mitte stehende Politikansätze und -ziele zum Inhalt hat. Speziell der in der Öffentlichkeit als solcher wahrgenommene Teil der bundesdeutschen Schwulenbewegung hat in den letzten Jahren einen radikalen Politikwechsel weg von emanzipatorischen und fundamental systemkritischen Positionen hin zu staatsbürgerlichem Konformismus und reiner Antidiskriminierung vollzogen.

Sowohl anhand klassischer Politikfelder wie der Lebensformenpolitik als auch entlang an früher undenkbar Diskussionen wie der Forderung nach Gleichstellung schwuler Soldaten in der Bundeswehr analysiert und kommentiert Eike Stedefeldt in seinem Buch *Schwule Macht* den Wandel der medienwirksam agierenden Schwulenbewegung. In verschiedenen Kapiteln betrachtet der aus der DDR stammende Autor u. a. auch den CSD, schwule Managervereine, die Entwicklung der schwulen Presselandschaft und natürlich den offensivsten Repräsentanten der neuen schwulen Bürgerrechtsbewegung, den „Lesben- und Schwulenverband in Deutschland“ (LSVD). Detailliert wird die Entwicklung dieses aus dem mit emanzipatorischen Zielen angetretenen „Schwulenverband in der DDR“ (SVD) hervorgegangenen Vereins zu einem Sammelbecken profilierungs- und machthungriger Funktionäre verfolgt.

mann macht's

Wie ein roter Faden zieht sich die Kritik am LSVD und seinem grünen Frontmann Volker Beck durchs ganze Buch, stehen diese doch für den Wechsel von einer radikal-emanzipatorischen Lebensformenpolitik hin zur Einforderung der bürgerlichen Ehe für Schwule und Lesben, von einem mit radikaler Systemkritik

an die Öffentlichkeit tretenden Verband zu einem reinen Lobbyistenverein.

Die bei Stedefeldt fehlende ausführliche Betrachtung explizit lesbischer Themen und damit seine Schwerpunktsetzung auf die Kritik an der neuen Schwulenbewegung ist keineswegs der Kurzichtigkeit des Autors geschuldet, sondern vielmehr den Aktivitäten der schwulen Bürgerrechtler und Manager, die in der strukturell minderheiten benachteiligten Gesellschaft ganz im Sinne des Kapitalismus plötzlich auf maximaler Verwertbarkeit beruhende positive Identifikationsangebote für junge, ungebundene, flexible und intelligente Schwule entdeckt haben, den eigenen Einfluß sichernde Männerbünde gründen und lesbenpolitische Forderungen nur aufstellen, wenn sie den eigenen Konzepten dienlich sind. Die Kritik an der Etablierung neuer Schwuler in den durch männliche Dominanz geprägten Herrschaftsstrukturen unserer Gesellschaft läßt zwar teilweise theoretischen Tiefgang vermissen und wirkt deshalb bisweilen sehr polemisch, ist aber trotzdem so berechtigt wie nachvollziehbar. Alles in Allem ist der Zustand der bundesdeutschen Schwulenbewegung, gespalten ins bürgerliche, den Alleinvertretungsanspruch okkupierenden Lager, und in den öffentlich kaum wahrnehmbaren radikaleren Teil, kaum besser zu beschreiben als es Stedefeldt in *Schwuler Macht* gelungen ist.



Eike Stedefeldt
Schwule Macht
oder die Emanzipation von der
Emanzipation

Elefanten Press, Berlin, 1998
ISBN 3-88520-691-9, DM 29,90

Zeitschriften, die die Welt
nicht braucht - Teil 3

Junges Fräulein

Was die Brigitte den etwas alternativen und liberaleren Oberere-Mittelschichts-Müttern ist die Young Miss ihren Töchtern.

Erstere gibt sich emanzipiert und veröffentlicht auch ab und an im weitesten Sinne feministische Artikel, letztere vermittelt, daß Mädchensein auch Spaß machen kann, jedoch läßt sich bei all den Berichten über Frauen in der Geschichte, in Führungspositionen, in heißen Liebesaffären nicht übersehen, daß es im Grunde für Frauen und Mädchen doch wichtig ist, gut auszusehen und sich für häusliche Hobbies zu interessieren, um einen tollen Typen abzubekommen. Bei aller Liebe zur Mädchen-Mut-Mach-Strategie, die z.T. auch *Young Miss* gelingen mag, läßt sich - auf zehn Seiten Wintermode, acht Seiten Discomode, sechs Seiten Wäsche, zwei Seiten Modeszene, zwei Seiten Mode-News, vier Seiten Beauty, sieben Seiten Föhnworkshop, eine Seite Kosmetiktips, vier Seiten Bade-Parfums, acht Seiten Geschenke zum selber machen und drei Seiten Kekse-rezepte (macht 43 von 148 Seiten in 11/99, Werbung ähnlichen Inhalts nicht eingerechnet) - die beständige Reproduktion der herrschenden Geschlechterstereotypen nicht übersehen.

Was in Zeitschriften wie *Shape* offensichtlich ist, wird in *Young Miss* gefährlich subtil vermittelt: Der Thematisierung von Selbstverletzungen, Magersucht und sexueller Gewalt folgt nicht etwa eine kritische Gesellschaftsanalyse und die Infragestellung patriarchaler Strukturen, nein vielmehr der Tip, den halben Tag mit Modeschnickschnack zu verschwenden. Als ob das was ändern würde.



Dahinter steckt immer ein kluger Kopf

Donnerstag, 28. Oktober

20h, Kulturcafé, Uni Bochum

rote ruhr uni '99: Kritik der Arbeitsgesellschaft - Das Manifest gegen die Arbeit

Mit Norbert Trenkle

Norbert Trenkle ist Mitglied der Gruppe *Krisis* (u.a. Robert Kurz, Ernst Lohoff). Ausgehend vom Ansatz einer radikalen Wertkritik stellt er die für traditionelle Linke provokanten Thesen aus dem von *Krisis* herausgegebenen „Manifest gegen die Arbeit“ (erhältlich am *notstand*) vor.

Montag, 01. November

20h, Bahnhof Langendreer (Wallbaumweg 108), Bochum
rote ruhr uni '99: Antisemitismus und Sozialdemokratie

Mit Gerhard Scheit

Gerhard Scheit ist freier Autor und lebt in Wien. Sein Vortrag zeigt den systematischen Zusammenhang von modernem Antisemitismus und kapitalistischer Gesellschaft sowie die Wirkungsweise antisemitischer Ideologie im Kulturbetrieb auf.

19h, Raum LF 030 (Lotharstraße 63, Gebäude LF, AStA-Keller), Uni-GH Duisburg

Antiklerikale Woche: „Die haßerfüllten Augen des Herrn Deschner“

Videoabend mit der Dokumentation von Ricarda Hinz (Uni-GH Essen)

Ein virtuelles Streitgespräch zwischen führenden Vertretern der Kirche und den engagierten Kritikern des Christentums, zugleich eine Dokumentation über Karlheinz Deschner und seine Arbeit.

Auftaktveranstaltung der Antiklerikalen Woche in Duisburg, veranstaltet von AStA-UNI-GH Duisburg, Freidenkerverband Duisburg, whk rheinland (wissenschaftlich-humanitäres Komitee), JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg und dem SchwiBiLe Duisburg.

Dienstag, 02. November

20h, Bahnhof Langendreer, Bochum

rote ruhr uni 99: Ideologie und Ideologien im „nach-ideologischen“ Zeitalter

Mit Sebastian Herkommer

Sebastian Herkommer war Professor für Soziologie an der FU Berlin. Ausgehend von Marx' kritischem Ideologiebegriff analysiert er die vorherrschenden Ideologien unserer sich so „unideologisch“ dünkenden Epoche und zeigt, daß Ideologiekritik jeglicher Manipulationstheorie entgegen gesetzt ist.

19h30, LF 030, Uni-GH Duisburg

Antiklerikale Woche: „Das Maria-Syndrom“

Lesung mit M.S. Salomon

Ein besonders gotteslästerndes Stück, welches schon diverse Zensurkampagnen überstanden hat.